



**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Herr Römer

Telefon: (0221) 24954

Fax: (0221) 28650

E-Mail: christopher.roemer@stadt-koeln.de

Datum: 12.10.2016

**Niederschrift**

über die **Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.06.2016, 07:30 Uhr bis 08:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.
Weigel, Ludwig	SJD - Die Falken Kreisverband Köln
Dompke, Tobias	Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)
Schwanitz, Hans	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (in Vertretung für Frau Rabenstein)
Komke-Söntgerath, Inge	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (in Vertretung für Frau Blum-Maurice)
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke.(in Vertretung für Frau Parnow)
Kleine, Monika	SKF e.V. Köln (in Vertretung für Herrn Krücker – Caritasverband Köln e.V.)

**Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder**

Michalak, Andreas	FDP-Fraktion
Blümel, Helga	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes



## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Allgemeines**

- 1.1 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### **2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 II GO NRW**

- 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis 2020  
1950/2016

zu 2.1 Doppelhaushalt 2016/17 - Veränderungsnachweis DIE LINKE  
AN/1203/2016

zu 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis 2020 AN/1217/2016

zu 2.1 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2016/2017 Politischer Veränderungsnachweis  
AN/1220/2016

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Allgemeines

Ausschussvorsitzender **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Haushaltssitzung als Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses. Er fragt nach, ob jemand zu verpflichten sei; es sind allerdings keine neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses anwesend.

Der Jugendhilfeausschuss befasse sich mit Entwurf für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis zum Jahre 2020 bezugnehmend auf den Veränderungsnachweis 3 (VN3). Dieser sei erst am späten Abend der letzten Sitzung am 21.06.2016 unterzeichnet worden.

Den Ausschussmitgliedern liegen folgende Unterlagen als Tischvorlage vor:

- Beratung des Entwurfs (TOP 2.1),
- Politischer Veränderungsnachweis der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE,
- Zusatz- und Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE,
- Politischer Veränderungsnachweis der SPD-Fraktion,
- Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** erklärt, dass sich die Beratungsreihenfolge der verschiedenen Änderungsanträge an der jeweiligen Fraktionsgröße orientiere. Dies sei im Rat so üblich und es erscheint sinnvoll, auch im Jugendhilfeausschuss entsprechend zu verfahren.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich hiermit einstimmig einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** weist darauf hin, dass in den Unterlagen des politischen Veränderungsnachweises der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE die Finanzpositionen 3 und 4 lediglich der Kenntnisnahme dienen. Der Jugendhilfebereich beginne erst ab den Produktgruppen mit der Zahl 6.

Nachdem sämtliche Formalitäten geklärt sind, lässt Herr Dr. Heinen den Diskurs starten.

#### 1.1 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine persönlichen Erklärungen abgegeben.

## 2 **Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 II GO NRW**

### 2.1 **Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis 2020 - 1950/2016**

**Herr Pöttgen** stellt klar, dass im politischen Veränderungsnachweis der SPD-Fraktion keine großen Überraschungen zu finden seien. Man sei allerdings von der politischen Debatte dieses Haushalts enttäuscht. Der Jugendhilfeausschuss sei missachtet worden. Auch sei man zu dieser Sondersitzung gezwungen worden, was nicht in Ordnung sei.

Die relevanten Punkte des Veränderungsnachweises der SPD-Fraktion seien:

- Rücknahme der Kürzung der Beitragsfreiheit der Kindertagestätten:  
In diesem Haushalt könne man das Geld dafür finden, wenn dies politisch gewollt sei. Herr Pöttgen möchte an dieser Stelle festhalten, dass die Jamaika-Koalition keinen Kompromiss mit der SPD-Fraktion finden wollte.
- Weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Mülheimer Stadtmütter:  
Man stelle den Antrag, dies im Veränderungsnachweis für 2017 zu beschließen, damit die Stellen erhalten bleiben können. Gleichzeitig wolle man den Anstoß geben, das vorhandene Konzept mit den ehrenamtlichen Strukturen in allen Sozialräumen zu starten.
- Ausbau der Schulsozialarbeit:  
Es gebe eine Zusage für fünf weitere Stellen vom Land; diese wolle man um weitere 5 Stellen aufstocken. Er weist darauf hin, dass die Zahlen für 2016 und 2017 in den Unterlagen vertauscht wurden. Es seien 150.000 Euro in 2016 und 300.000 Euro in 2017 vorgesehen.

**Herr Pöttgen** fragt die Verwaltung, ob der Beschluss der Bezirksvertretung Nippes umsetzbar sei. Hier gehe es um einen Schulsozialarbeiter an der Edith-Stein-Realschule.

Er wolle vorweg zum Veränderungsnachweis der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE eine Einzelabstimmung beantragen, da einige sinnvolle Ansätze vorhanden seien. Man lehne allerdings die vorgeschlagene Finanzierung dessen ab. **Herr Dr. Schlieben** habe zugesagt, dass im Veränderungsnachweis der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE das Geld im System bleibe, dies sei allerdings nicht der Fall. 321.000 Euro seien einfach nicht wiederzufinden. Hier erwarte er eine Erklärung.

Das „Streetwork“-Konzept der Verwaltung sehe eine Aufstockung auf 18 Stellen vor. Der Veränderungsnachweis (der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE) sehe jetzt lediglich eine Aufstockung auf 12 Stellen

vor. Er empfinde das Wort „bedarfsgerecht“ verhöhrend, weil das Verwaltungskonzept etwas anderes aussagt.

**Herr Dr. Schlieben** fragt nach, ob der Vorschlag der SPD-Fraktion zum Ausbau der Schulsozialarbeit hier lediglich zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt wurde, da es sich dabei um die Produktgruppe 0301 handele.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** bestätigt dies.

**Herr Dr. Schlieben** führt aus, dass die Argumente der grundsätzlichen Ausrichtung des Haushaltes in den letzten Wochen mehrfach ausgetauscht worden seien. Eine zentrale Maßnahme sei der Ausbau der Plätze, sowie die Qualität im offenen Ganztage. Man führe die Dynamisierung von diesem Jahr fort und für das kommende Jahr sei sie schon zugesagt.

Zur der Rücknahme der sechsmonatigen Beitragsfreiheit seien die Argumente ebenfalls hinlänglich ausgetauscht worden. Er möchte aber darauf hinweisen, dass man im Veränderungsnachweis der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE auch zusätzliche Maßnahmen für den Ausbau der Schulsozialarbeit finde. Bezüglich des Streetwork-Konzepts seien immerhin 6 Stellen vorgesehen. Mehr Stellen seien immer erstrebenswert, das Ganze müsse allerdings auch finanzierbar bleiben. Es seien eine Vielzahl an kleineren Maßnahmen (Stadtteil-mütter, etc.) sowie weitere Partizipationsprojekte vorgesehen. Viele Themen, die in den letzten Jahren im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden seien, finden sich hier wieder.

Der Veränderungsnachweis 3 (VN3) enthalte nun auch Informationen über die Tarifkostensteigerungen. Die Verwaltung möchte den Ausgleich dafür in die zukünftigen Haushalte miteinarbeiten. Er finde diese Vorgehensweise richtig; allerdings bittet er um eine möglichst unkomplizierte Umsetzung.

**Frau Jahn** empfiehlt, dass der Jugendhilfeausschuss grundsätzlich immer vor dem Finanzausschuss tagen solle. Dies habe sich als bewährtes System herausgestellt.

Der heute zu beschließende Haushalt liege unter der fünfprozentigen Rücknahme. Dies sei ein wichtiges Signal, da im Jugendbereich viele Leistungen freiwillig seien. Wenn man häufiger die fünf Prozent überschreiten würde, dann wäre das gerade für den Jugendbereich eine Katastrophe. Sie begrüßt ausdrücklich den VN3 mit den Tarifanpassungen der Verwaltung. In den Bereichen Soziales, Jugend und Gesundheit seien für das Jahr 2016 Zusetzungen in Höhe von 800.000 Euro und für das das Jahr 2017 Zusetzungen in Höhe von 1,6 Millionen Euro vorgesehen. Sie bittet hier um eine pauschale Ausschüttung der Zuwendungen. Bezüglich des politischen VN ergänzt sie, dass die Kulturförderabgabe eine Summe von 300.000 Euro für die Generalinstandsetzung des Wasserspielplatzes am inneren Grüngürtel vorsehe. Daneben sei der politische Wille, dass die Jazzhausschule auch weiterhin unterstützt werde, da hier die

Probleme am größten gewesen seien. Die Schulsozialarbeit werde durch drei zusätzliche Stellen ausgeweitet; die genaue Verteilung müsse noch besprochen werden.

**Frau Jahn** empfindet das in einer der letzten Sitzungen vorgestellte Stufenkonzept, gerade im Hinblick auf die Bildung von Flüchtlingskindern, als einen guten Ansatz. Dieser müsse weiter umgesetzt werden, was durch eine zusätzliche Stelle realisiert werden solle. Für sie sei auch die Entwicklung im Jugendzentrum Kalk-Nord von besonderer Bedeutung: die geplanten Zuwendungen in Höhe von 125.000 Euro seien hier dringend notwendig. Lediglich ein neues Gebäude reiche nicht aus, dieses müsse auch mit Leben gefüllt werden.

Das Projekt der Stadtteilmütter sei auch weiterhin politisch gewünscht, allerdings für das Jahr 2017 nicht finanziert. Dementsprechend müsse man 250.000 Euro für das Jahr 2017 einplanen. Eine Ausweitung des Projekts auf das gesamte Kölner Stadtgebiet sei wünschenswert und könne zukünftig gegebenenfalls über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) sichergestellt werden. Die „Streetwork“ müsse weiterhin im Bereich der freien Träger angesiedelt sein; die Stadtverwaltung solle allerdings koordinierend tätig werden. Die Arbeit des Kölner Jugendrings sei ebenfalls wichtig und werde mit einer Zusetzung in Höhe von 100.000 Euro unterstützt.

Insgesamt wolle man deutlich machen, dass der Bereich Kinder, Familie, Jugend und Bildung einen wesentlichen Schwerpunkt im Haushalt der Stadt Köln darstellt. **Frau Jahn** erklärt, sie werde sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass dies in den nächsten Jahren so bleibe.

**Frau Laufenberg** weist darauf hin, dass es sich um einen Übergangshaushalt handle. Die derzeitige Ausrichtung führe aber bereits in die richtige Richtung. Für die FDP-Fraktion sei das Jahr 2018 entscheidend und von besonderer Bedeutung; dann werde definitiv nachgebessert werden müssen.

Wesentliche Anliegen der FDP-Fraktion seien die Bekämpfung von Jugendkriminalität, der Ausbau des „Haus des Jugendrechts“ sowie die Unterstützung der Arbeit der Sportjugend. Hier werde besonders das Angebot des Mitternachtssports von vielen Kindern und Jugendlichen in Köln positiv angenommen und müsse weiter ausgebaut werden. Daneben sei sowohl der „Tag der Jugend“ in den Bezirken, als auch das Konzept zur Partizipation von großer Bedeutung.

**Frau Dr. Butterwegge** möchte die abweichenden Vorschläge der Fraktion Die Linke vorstellen: man wolle durch eine ausgewogene Verteilung der Ressourcen ein soziales, familienfreundliches und buntes Köln schaffen. Bildung und Betreuung sollen gebührenfrei sein; Ziel sei eine handlungsfähige und soziale Stadt. Privater Reichtum dürfe nicht der öffentlichen Armut gleichgültig gegenüberstehen. Man plädiere für eine Erhöhung der Einnahmen von gutsituierten Bevölkerungsschichten; dies könne beispielsweise durch die Anhebung der Gewerbesteuer oder die Installation von städtischen Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern erreicht werden. Im Jahre 2016 könne man so die Einnahmen der Stadt um 28 Millionen Euro erhöhen; im Jahre 2017 wäre

eine vermehrte Einnahme in Höhe von 36 Millionen Euro möglich. Diese zusätzlichen Einnahmen wolle man umgehend in den Bereich Kinder und Jugend reinvestieren:

- Rücknahme von Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich (Beitragsbefreiung in Kita),
- Rücknahme der Erhöhung der Schulgebühren im offenen Ganztags,
- Adäquate Ausstattung des offenen Ganztages mit Personal und Sachmitteln. Der OGT dürfe nicht „kaputt gespart“ werden. Über zwei Jahre wolle man daher 19 Millionen Euro zusetzen,
- Rücknahme von Kürzungen für OGTS-Projekte in benachteiligten Sozialräumen für die Jahre 2016 und 2017,
- Zusetzung von 96 Stellen für Schulsozialarbeit mit einem Volumen von insgesamt 8,6 Millionen Euro,
- Kölner Jugendring dürfe nicht von den Tarifkostensteigerungen abgekoppelt werden,
- Zusetzung einer pädagogischen Stelle für die Jugendfarm Wilhelmshof,
- Weiterführung des Projektes der Stadtteilmütter im Kontext von Mülheim 2020.

**Herr Pöttgen** verweist auf den Ratsbeschluss vom 18.12.2012 und sagt, dass sämtliche Maßnahmen hieraus bereits finanziert worden seien. Er fragt deshalb nach, was mit den überschüssigen 100.000 Euro passieren solle. Bezüglich der Streetwork erklärt **Herr Pöttgen**, dass es sich hierbei weder um die Umsetzung des Ratsbeschlusses, noch um einen bedarfsgerechten Ausbau handele. Außerdem bestehe eine Lücke von 320.000 Euro.

**Herr Dr. Schlieben** erklärt, dass der Betrag für die Finanzierung der 25-prozentigen Senkung der unteren beiden Einkommensstufen in 2016 und 2017 benötigt werde. Bezüglich der Umsetzung des Ratsbeschlusses sei immer das Ziel der Ausbau der Streetwork mit sechs Stellen gewesen. In diesem Falle habe die Verwaltung andere Vorstellungen gehabt, die politisch nicht mitgetragen werden. Hier müsse er die Verwaltung enttäuschen. Man habe den Hinweis aber verstanden und müsse zukünftig überprüfen, wie diese Stellen am effektivsten organisiert werden können. Er sehe keinen Widerspruch zur Umsetzung des Ratsbeschlusses.

**Frau Laufenberg** erläutert den Ratsbeschluss vom 18.12.2012. Hierin seien vier Stellen für Schulsozialarbeit, eine Stelle des BRÜCKE-KÖLN e.V. im Kölner Haus des Jugendrechts und 19 Angebote des Mitternachtssports der Sportjugend Köln vorgesehen. Man wolle mehr zusetzen, um die genannten Maßnahmen auch weiterhin auszubauen und zu stärken.

**Herr Bergmann** stellt die besondere Herausforderung der Entwicklung eines ausgeglichenen Haushalts für alle Beteiligten heraus. Die Trägerlandschaft sei in diesem Jahr erleichtert gewesen, dass es der Verwaltung gelungen sei, einen Entwurf vorzulegen, der ohne lineare Kürzungen oder punktuelle Einschnitte auskomme. Er richtet einen



ausdrücklichen Dank der LIGA an die Verwaltung. Daneben möchte er sich bei allen Ratsfraktionen in dem Punkt bedanken, dass dem langjährigen haushaltsmäßigen Schwerpunktthema „Kostensteigerungen im Zuwendungsbereich“ nun angemessen Rechnung getragen werde. Man habe in den Gesprächen ein großes Verständnis erfahren, welches sich nun auch im Veränderungsnachweis 3 widerspiegele. Dieses Thema werde trotzdem dauerhaft von Bedeutung bleiben. **Herr Bergmann** sieht allerdings einen kleinen Wermutstropfen in den Konsolidierungsvorschlägen, wie der Reduzierung der Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I. Diesbezüglich bestehe derzeit ein erheblicher Bedarf. Zu den Ausführungen von **Frau Dr. Butterwegge** sagt er, dass es sich teilweise um wunderbare Vorschläge handele, die aus Sicht der Wohlfahrtspflege sinnvoll seien. Gleichwohl brauche man eine Entscheidung, die im Gesamtkontext des Haushalts tragfähig und mehrheitsfähig sei. Hier liege ein Realitätsproblem vor.

Der politische Veränderungsnachweis der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE beinhalte richtige Akzente, die in den Gesamtkontext des Haushalts passen; man werde diesen Veränderungen zustimmen. Bezüglich der Kitaplatzbeiträge habe die LIGA ihre grundsätzliche Meinung nie verändert. Er lädt alle Fraktion zu einer gemeinsamen und konstruktiven Gestaltungen des Jugendhilfe- und Schulbereichs ein. Man habe immer die landespolitische Abschaffung der einheitlichen Beiträge abgelehnt. Dies müsse wieder ein großes Thema im Hinblick auf die Landtagswahl in NRW werden. Dauerhaft müsse man zu einer kostenfreien Bildungskette kommen, was auch die Kindertagesstätten betreffe.

**Herr Gümüs** äußert seine Zustimmung zu den Ausführungen von **Herrn Bergmann**. Er stellt fest, dass man kein Geld für kleinere Kita-Gruppen, für einen besseren Fachkräfteschlüssel, für frisch zubereitetes Mittagessen, für eine angemessene Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher und für eine finanzielle Befreiung der Eltern habe. Er frage sich, wofür man überhaupt finanzielle Mittel habe, wenn nicht einmal diese wichtigen Dinge berücksichtigt werden. 60 Millionen Euro für die Oper in Köln seien dahingegen finanziert worden.

Die Einnahmenseite müsse darüber hinaus dringend gestärkt werden, beispielsweise über eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Bonn. Man stehe kurz vor dem Nothaushalt, was nicht durch die Zahlungen der Eltern kompensiert werden dürfe. Er appelliert an alle Beteiligten, die 3,5 Millionen Euro an einer anderen Stelle im Haushalt einzusparen. Für die Zukunft fordert er ein System, in dem Qualität und Beitragsfreiheit realistisch gewährleistet werden können.

**Herr Klausung** weist auf den Begleitbeschluss der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE hin. Er möchte unterstreichen, dass man zukünftig im Jugendbereich weiter voranschreiten und Vieles bewirken wolle. So solle beispielsweise eine Ferienfreizeitkarte eingeführt werden. Besonders in den Ferien könne diese Karte den Kölner Schülerinnen und Schülern als „Flatrate“ den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen ermöglichen. Der Gedanke dahinter sei es, dass

Kinder, die nicht in den Urlaub fahren, von einer derartigen Lösung am meisten profitieren würden. Man wolle die Verwaltung beauftragen, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten. Daneben sei die Stärkung der Jugendleiterkarte (Juleica) ebenfalls von großer Bedeutung. Auch hier solle die Verwaltung in Kooperation mit dem Kölner Jugendring ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Die Jugendleiterkarte (Juleica) sei ein Qualitätssiegel für gute Gruppenleiter- beziehungsweise Gruppenarbeit.

**Frau van Dawen-Agreiter** bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung sowie bei sämtlichen Fraktionen, mit denen im Vorfeld Gespräche stattgefunden haben. Für den demokratischen Diskurs liegen nun mehrere wertvolle Änderungsanträge vor. Die Jugendleiterkarte (Juleica) sei ein wichtiges Thema, da die Förderung von jungem Ehrenamt wichtig für das Gemeinwesen sei. Sie gehe davon aus, dass dem alle zustimmen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** stellt eine Nachfrage zu den von **Herrn Bergmann** angesprochenen „Kostensteigerungen im Zuwendungsbereich“. Sie fragt die beschließenden Fraktionen nach der zukünftig, politisch gewünschten Verfahrensweise mit den im VN3 berücksichtigten Tarifsteigerungen:

Die Verwaltung solle sich nicht, wie sie es in der Vergangenheit gemacht habe, nachweisen lassen, ob die Träger tatsächlich erhöhte Kosten durch Tarifsteigerungen haben und die Lohnsteigerung auch weitergeben. Vielmehr sollen die freien Träger künftig eine pauschale Zuwendung zu diesem Zweck erhalten.

Die **beschließenden Fraktionen** bestätigen diese Vorgehensweise.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** bittet, diese Ausführungen ausdrücklich zu Protokoll zu nehmen, um spätere Komplikationen mit dem Rechnungsprüfungsamt zu vermeiden.

**Herr Bergmann** bedankt sich für die Klarstellung durch **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Er betont, dass die LIGA in der Vergangenheit immer ganz bewusst von Kostensteigerungen gesprochen habe. Diese Kostensteigerungen bestehen in vielfacher Weise: dabei orientiere man sich nicht an einem einzelnen Tarifwerk wie dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD). Die Befürchtung sei gewesen, dass man in jedem Einzelfall sehr dezidierte Einzelanträge stellen müsse. Dies hätte für alle Seiten einen immensen Aufwand bedeutet, welcher dem Ziel der effizienten Mittelnutzung völlig entgegenstünde.

**Frau Jahn** stellt klar, dass es sich bei dieser Verfahrensweise um eine dauerhafte Lösung handeln solle. Man müsse in eine Verlässlichkeit kommen. Der politische Wille sei eine pauschale Zuwendung.

**Frau van Dawen-Agreiter** merkt an, dass die Jugendverbandsarbeit ebenfalls Bedarf habe, von diesen Mitteln zu partizipieren. Man befinde sich im Dialog mit der Verwal-

tung und überarbeite derzeit die bekannte, veraltete Richtlinie. Eine Änderung müsse auch im Sinne der Jugendverbandsarbeit erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Er lässt in der Reihenfolge der Redebeiträge über die Anträge abstimmen. Für die Anträge der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe DEINE FREUNDE wird eine punktweise Abstimmung vereinbart.

**Frau Jahn** beantragt eine Gesamtabstimmung zum Abschluss der Einzelabstimmungen, um eine klare Beschlusslage zu gewährleisten und fehlerhafte Beschlüsse zu vermeiden.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** bestätigt, dass eine Gesamtabstimmung durchgeführt wird. Er lässt allerdings zunächst über die verschiedenen Änderungsanträge abstimmen:

#### **zu 2.1 Doppelhaushalt 2016/17 - Veränderungsnachweis DIE LINKE AN/1203/2016**

##### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, die Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017 mit den in der Anlage aufgeführten Zu- und Absetzungen zu beschließen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

- 1 Zustimmung: Fraktion Die Linke. (1)
- 10 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- 3 Enthaltungen: AWO Kreisverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Caritasverband Köln e.V. (1)

##### **Mehrheitlich abgelehnt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

## **zu 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis 2020 AN/1217/2016**

Der Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Dr. Heinen lässt einzeln über die Punkte des Änderungsantrags abstimmen:

### 1. Produktgr.0601 (Stufenkonzept)

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

#### **Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

### 2. Produktgr.0603 (Rücknahme der Beitragsfreiheit Kita)

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 8 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1)
- 4 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1)
- 2 Enthaltungen: Sportjugend im Stadtsporbund Köln e. V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)

#### **Mehrheitlich zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

3. Produktgr.0604 (Wilhelmshof, Zusetzung 0,5 Stelle)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

4. Produktgr.0604 (Haus der Familie Rondorf, Zusetzung 0,5 Stelle)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

5. Produktgr.0604 (Jugendzentrum Kalk-Nord)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

6. Produktgr.0604 (Partizipation Jugendarbeit)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

7. Produktgr.0604 (Maßnahmen gegen Jugendkriminalität und Gewalt)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

8. Produktgr.0606 (Stadtteilmütter Mülheim u. Chorweiler)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

9. Produktgr.0606 (Ausbau Streetwork, 6 Stellen)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

10. Produktgr.0606 (Kölner Jugendring)

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

### **Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

#### 11. Änderungsantrag CDU, Die Grünen, FDP und Deine Freunde: Begleitbeschluss zu TOP 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der Finanzplanung bis 2020 - AN/1216/2016

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthaus Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

### **Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung anwesend.

### **Ergebnis der Gesamtabstimmung über AN/1217/2016 :**

- 10 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthaus Köln e. V. (1)
- 4 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1)
- keine Enthaltungen

### **Mehrheitlich zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

### **zu 2.1 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2016/2017 Politischer Veränderungsnachweis AN/1220/2016**

Der **Ausschussvorsitzende Herr Dr. Heinen** lässt über den vorliegenden Änderungsantrag zum Stellenplan sowie die einzelnen Haushaltsvorschläge (pol. VN) in Gesamtheit abstimmen.



### **Abstimmungsergebnis:**

- 5 Zustimmung: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)
- 9 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1)
- Keine Enthaltungen

### **Mehrheitlich abgelehnt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

### **Geänderter Gesamtbeschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat, unter Berücksichtigung der Änderungen, die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise 1 bis 4 fortgeschriebenen Entwurfs für den Haushalt 2016/2017 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 für den Bereich der Jugendhilfe.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 10 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- 4 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1)
- keine Enthaltungen

### **Mehrheitlich zugestimmt.**

Anmerkungen:

Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Nach den Abstimmungen meldet sich **Herr Bauer** zu Wort. Er erklärt, dass er lange in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gearbeitet habe. Er empfinde die heutigen Beschlüsse als sehr positiv und möchte alle Anwesenden auffordern, sich auch zukünftig für die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Stadt Köln einzusetzen. Letztlich sei die Jugend die Zukunft der Menschen und der Stadt.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** schließt die Sitzung.

z.Kts.g. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)  
gez. Christopher Römer (Schriftführer)